

Christopher Walsch

„Mitteleuropa“ als Identität. Ein relevantes politisches Ordnungskonzept in einem sich vereinigenden Europa?

1 Der Begriff Mitteleuropa: Naumanns Mitteleuropa, geopolitische Konstellationen, Historiographie

Der Begriff Mitteleuropa als politischer Begriff ist belastet. Er ist der Titel einer Publikation des deutschen Liberalen Friedrich Naumann. „Mitteleuropa“ erschien im Jahr 1915, als das Deutsche Kaiserreich vereint mit Österreich-Ungarn gegen das russische Zarenreich Krieg führte. Der Grundgedanke deutscher Militärs, die eine militärische Auseinandersetzung lange vorbereiteten, war, in Mittel- und Osteuropa Territorien und Einfluss zu vergrößern. Naumann freilich entwarf sein Konzept für Friedenszeiten. Er argumentierte aus einer wirtschaftlichen Perspektive: wirtschaftliche Großräume stehen in Konkurrenz zueinander. Deshalb sei es sinnvoll, dass sich in Mitteleuropa ein großer, von Deutschland geführter Wirtschaftsraum etabliere. Jeder Nation gestand er Autonomie zu. Völlig unterschätzt hat er allerdings die Wirkungsmächtigkeit des Nationsgedankens vor allem der slawischen Völker in Mittel- und Südosteuropa. Naumanns Mitteleuropa kann aus seiner Konzeption als Alternativkonzept zu den viel aggressiveren Plänen deutscher Militärs vor und während des Krieges gelesen werden. Zu diesen ging Naumann aber viel zu wenig auf Distanz. Aufgrund dieser Nähe identifizieren die Interpreten Naumanns Schrift mit deutscher Hegemonie in der Mitte Europas, unabhängig davon, ob diese mit wirtschaftlichen oder militärischen Mitteln durchgesetzt wird.

Das geopolitische Denken österreichisch-ungarischer Militärs war ähnlich. Das habsburgische Mitteleuropa konzentrierte sich auf den Balkan. Dieses war nur durch die Macht des deutschen Bündnispartners realisierbar: dessen wirtschaftlicher Macht in Friedens- bzw. dessen militärischer Macht in Kriegszeiten. Beide vereint bemühten sich um eine durchgehende Einflusszone in Mittel- und Südosteuropa, die im Königshaus verschwägte Nationalstaaten inkludierte (Rumänien, Bulgarien) und vor allem sich mit dem Partner Osmanisches Reich nach Vorderasien und in den Orient erstreckte (Beispiel Berlin-Bagdad-Eisenbahn).

Die Nachkriegsordnung setzte den drei verbündeten Kaiserreichen ein Ende. Sie erzeugte neue Staaten, verkleinerte und vergrößerte bestehende Staaten. In den internationalen Beziehungen erzeugte sie Koalitionen der Sieger- und Verliererstaaten. Der Gedanke von Naumanns Mitteleuropa wurde von den Verlierern Deutschland, Österreich, Ungarn, und Bulgarien getragen, während die Kleine Allianz Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, und genauso Polen, im Verbund mit den Westmächten die neue Ordnung propagierten. Revisionismus und Angriffskrieg unter Führung Nazi-Deutschlands brachten erneut und für wenige Kriegsjahre deutsche Hegemonie, ehe die Nachkriegsordnung mit zwei deutschen Staaten – beide mit beschränkter Souveränität – dem ein deutliches Ende setzten.

In diesem Narrativ ist Mitteleuropa definiert als politische und militärische Aggression, die von Deutschland und seinen Bündnispartnern ausging. Auch ein großer Teil der Historiographie an deutschen und österreichischen Universitäten, insbesondere bis 1945, identifizierte sich mit dem Naumann'schen Mitteleuropaverständnis. Nach 1945 lehnen viele deutschsprachige Historiker den Begriff deshalb ab. Der Grazer Historiker Moritz Csáky, beispielsweise, verwendet konsequent den Begriff Zentraleuropa. Andere dagegen berufen sich auf divergierende Definitionen (siehe unten) und halten an „Mitteleuropa“ fest. Die westlichen Wissenschaftssprachen Englisch und Französisch setzen die Begriffe *Central Europe* und *Europe centrale*. Beide sind weiter definiert und basieren in erster Linie auf dem – wenngleich variierenden – geographischen Raum. Sie inkludieren neben den politischen auch kulturelle Aspekte, die in diesem Raum wirksam sind. Der etwas eigentümlich klingende deutsche Begriff Zentraleuropa will genau von dieser Weite der Bedeutungen profitieren.

2 Definitionen von Mitteleuropa (Zentraleuropa): kulturell und politisch

a kulturelle Perspektiven: Kundera, Konrád, Brix

Die Teilung Europas in Ost und West verhalf Mitteleuropa in den 1980er Jahren zu einer Wiedergeburt aus dem Geist des Widerstandes. Die Tschechen Milan Kundera und Vaclav Havel, der Pole Adam Michnik und der Ungar Konrád György halfen einem Mitteleuropa zum Leben, das auf der Zivilgesellschaft aufbaut. Sie beziehen die Legitimität des Konzepts

Mitteleuropas aus dem zivilen Widerstand gegen die kommunistischen Regimes. Kundera bezeichnete in einem Beitrag, der 1984 erschien, den Sowjetkommunismus und die zerstörerische Kraft, die von ihm ausging, als die „Tragödie Mitteleuropas“. Mitteleuropa, so Kundera, ist kulturelle Vielfalt, ist das Gegenteil eines Staates, ist Anti-Politik. Kulturelle Merkmale treten in den Vordergrund – eine Anschauung, die er mit dem ungarischen Schriftsteller Konrád György teilt:

Der staatliche Rahmen und die ethnische Wirklichkeit deckten sich nicht. [...]

Vielleicht ist es auch nicht möglich, eine politische Landkarte zu machen, die der ethnischen Landkarte entspricht. Lassen wir die staatlichen Rahmen, und erheben wir die ethnische Wirklichkeit zu einer kulturellen Wirklichkeit, die es gilt im historischen Kontext des gesamten mitteleuropäischen Raums zu betrachten. [...]

Mitteleuropäer sein ist eine Haltung, eine Weltanschauung, eine ästhetische Sensibilität für das Komplizierte, die Mehrsprachigkeit der Anschauungsweisen.

[...] Mitteleuropäer sein heißt, die Vielfalt für einen Wert halten.¹³⁸

Der österreichische Kulturdiplomate Emil Brix verweist genauso auf kulturelle Elemente. Er unterstreicht das philosophische und kulturelle Erbe des „anderen“, also nicht-westlichen Europas. Er unterstreicht die kulturelle Vielfalt Mitteleuropas in Sprachen, Traditionen, Religionen und damit verbunden die Bedeutung von peripheren Räumen, Grenzen, des kulturellen Gedächtnisses, und der vielen Widersprüche, die die Vielfalt produziert. Minderheitenfragen, schreibt Brix, werden „wieder zum Prüfstein der Qualität politischer Ordnung und zum Ansatzpunkt mitteleuropäischer Zusammenarbeit“.¹³⁹

Die Texte sowohl des ungarischen Intellektuellen wie des österreichischen Diplomaten kritisieren implizit den staatlichen Rahmen und setzen ganz auf Kultur beziehungsweise Gesellschaft. Allzu vereinfacht verstanden, könnten sie als Stimmen des Revisionismus

¹³⁸ KONRÁD, György: 'Der Traum von Mitteleuropa', in *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents* (BUSEK, Erhard, WILFINGER, Gerhard, Hrsg.), Wien: Ueberreuter 1986, S. 89–90.

¹³⁹ BRIX, Emil: Über das ungehobene Potential unserer Nachbarschaft in Mitteleuropa, Vortrag, Prag 2006, S. 9. Abrufbar unter http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/3-Kulturpolitische_Sektion_-_pdf/2809_botschafter_dr_emil_brix_rede_oekf_prag.pdf

gelesen werden. Konrád György insbesondere ist sich jedoch klar, dass die Verpflichtung füreinander zentral ist in den Nachbarschaftsbeziehungen, unabhängig von Staat und Nation. Konrád:

Gegeben ist die Vielfalt. [...] Je besser wir uns gegenseitig kennen, je besser wir unsere Nachbarn kennen, desto mehr sind wir Mitteleuropäer. [...] Die Zugehörigkeit zu einer kleinen Nation ist verbunden mit einer überdurchschnittlich großen Verpflichtung zum Lernen. [...] Warum sollen wir uns umeinander kümmern? Weil wir Nachbarn sind. [...] Wir sind nicht einsprachig [...] Ob wir uns nun gegenseitig gefallen oder nicht, wir gelten nur zusammen etwas. Es ist schrecklich, in welchem Ausmaß wir die Sprache des anderen nicht verstehen. Deutsch, unsere gemeinsame Sprache haben wir nicht zuletzt wegen der Deutschen verloren. Wir müssen die Sprache des anderen lernen, damit die mitteleuropäische Kulturidee nicht nur Vergangenheit ist, sondern auch Zukunft.¹⁴⁰

b politische Perspektiven: Nationalstaaten in Mitteleuropa

Kultur und Gesellschaft sind in Mitteleuropa vielfältig und dadurch widersprüchlich. Beide stehen in einem kreativen Spannungsverhältnis zur staatlichen Organisation. So muss also neben die kulturelle *bottom up*-Definition eine politische *top down*-Definition treten, um das Bild komplett zu machen. Staaten als Träger der politischen Definition reklamieren für sich, in einer Kontinuität langjähriger historischer Erfahrung zu stehen. Diese lange Dauer – oder *longue durée*, wie Fernand Braudel den Begriff einführte – prägt ganz wesentlich das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft.

¹⁴⁰ KONRÁD: ebenda, S. 87-88, 91-92, 94. Ein guter Überblick zu weiteren kulturell orientierten Mitteleuropa-Konzepten findet sich in JAGODZIŃSKI, Andrzej (Hrsg.): *The Visegrad Group. A Central European Constellation*, Bratislava: International Visegrad Fund 2006, insbesondere im Abschnitt "Roots", S. 111–140; abrufbar unter <http://www.visegradgroup.eu/main.php?folderID=1082> (30. November 2008).

Ein westeuropäischer Staat, der „mit einem Fuß“ in Mitteleuropa steht, wie sich einmal Vaclav Havel gegenüber Timothy Garton Ash ausdrückte, der sich am weitesten von der in diesem Fall unheilvollen *longue durée* entfernen konnte, und seit 1945 erfolgreich an einem neuen Narrativ arbeitet, ist die demokratische Bundesrepublik Deutschland. Deutschlands mitteleuropäische Nachbarschaft fokussiert auf seinen Nachbarn Polen und Tschechien, inkludiert den baltischen Raum, unterstützt jede pro-europäische Initiative in Mittel- und Südosteuropa. Deutschland – auch das stärker gewordene wieder vereinte Deutschland nach 1990 – distanziert sich entschieden von allen Konzepten, die von jedem autoritären und aggressiven Deutschland ausgingen. Österreich ist nostalgischer und identifiziert die oben genannte kulturelle Vielfalt mit der Habsburgermonarchie. Mitteleuropa ist gleich das Gebiet der Habsburgermonarchie. Die heutigen Staaten Österreich, Ungarn, Slowenien, Kroatien, die Tschechische Republik und die Slowakei sind darin zur Gänze enthalten. Teile Norditaliens, des westlichen Balkans mitsamt der Adria, sowie im Norden und Osten Teile Polens, der Ukraine und Rumäniens wären ein Teil des kulturellen österreichischen Mitteleuropas. Österreich unterstützt alle Initiativen, die die insbesondere die peripherer gelegenen Länder inkludiert, durch aktive Beteiligung an beispielsweise der Zentraleuropäischen Initiative oder der mittel- und südosteuropäischen Präsidententreffen, wie auch regionale Zusammenschlüsse wie die Alpen-Adria-Kooperation. Das politische österreichische Mitteleuropa ist pragmatischer und versucht mit der von Österreich initiierten „Regionalen Partnerschaft“ mit Nachbarstaaten zu kooperieren (siehe unten).

Das ungarische Mitteleuropa baut auf zwei Traditionen. Die länger währende ist das historische Ungarn und die bis heute relevante Frage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten. Erweitert ist dieser Raum noch durch heterogene Erinnerungsbestände mit einzelnen Nachbarnationen. Ungarns Geschichte war zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Konstellationen mit deren Geschichte verknüpft. Mit Polen sind das beispielsweise gemeinsame Erinnerungsbestände in der mittelalterlichen Geschichte in Form gemeinsamer Heiliger, des jagiellonischen Königshauses, gegenseitiger Solidarität und später die Zugehörigkeit des südlichen Polen zur Doppelmonarchie. Die zweite Tradition ist die jüngere und erwuchs aus dem Widerstand gegen den Kommunismus. 1956, 1968 und 1981 sind Kulminationspunkte eines gemeinsamen vierzig Jahre andauernden Schicksals, das Ungarn mit Tschechien, der Slowakei, und Polen verbindet.

Die slawischen Perspektiven bauen auf wesentlich kürzeren staatlichen Traditionen auf. Sie stehen dadurch in Distanz zur traditionellen Hegemonialpolitik vor 1919. Die Fälle Tschechoslowakei und Jugoslawien zeigen jedoch auch die Heterogenität der neuen Staaten. Allen ist ein pro-westliches Element eigen. Der tschechoslowakische Präsident Tamas Masaryk definierte Mitteleuropa als Kleinstaaten, die sich zwischen den Großen Deutschland und Russland behaupten müssen. Der junge Staat Slowakei ist machtpolitisch ein Mitteleuropa in Mitteleuropa: Das Land wurde immer vom großen Bruder Tschechien vereinnahmt. Es ist mit übermächtigen Nachbarn konfrontiert, wobei Nationalisten Ängste vor einem etwaig revisionistischen Ungarn schüren. Die Slowakei ist dementsprechend vorsichtig bezüglich Kooperationen. Das funktionierende verbindende Element rekrutiert sich aus der gemeinsamen Geschichte gegen die Einparteienherrschaft in Form der Visegrad-Kooperation (siehe unten). Jugoslawien konnte den Habsburgerstaat als Hegemonialmacht abschütteln. Serbien sah sich in der Rolle des „jugoslawischen Piemont“ als Einiger der Südslawen. In den Augen der Slowenen und Kroaten agierte Serbien als ignoranter Hegemon, eine Situation, die durch das föderalistische Konzept nach 1945 entschärft werden konnte, aber nach gut vierzig Jahren zusammenbrach. Sowohl Slowenien wie auch Kroatien beriefen sich im Zuge ihrer Unabhängigkeit explizit auf ihre Zugehörigkeit zu Mitteleuropa (im Unterschied zum Balkan, repräsentiert durch Serbien), mit Verweis auf die seinerzeitige Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie.

3 (Sub-)regionale Kooperation in der Europäischen Union

a erweiterte Europäische Union: Interessensbildung auch auf regionaler Basis

Die Geschichte des europäischen Einigungswerkes ist immer von regionaler Zusammenarbeit begleitet gewesen. Sie bestand entweder schon vor dem Beitritt zu Europäischer Gemeinschaft und Union, wie etwa im Fall der Benelux oder der nordischen Staaten, oder sie wurde im Namen der europäischen Einigung kreiert (Deutschland und Frankreich), oder sie wurde kreiert, um ein Machtvakuum zu füllen (Visegrad-Kooperation), oder um traditionelle historische Identitäten neu zu beleben (regionale Partnerschaft). Ein ‚unionseigener‘ Faktor ist die wachsende Zahl ihrer Mitglieder. Eine Union mit zwanzig oder dreißig Mitgliedern ist ein anderes Gebilde als eine Gemeinschaft von sechs, schlossen die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten. Dieser Umstand veranlasste sie, seit dem Vertrag von Amsterdam 1997

Differenzierung und Flexibilität als Prinzipien der Integration innerhalb der EU zu begrüßen. Regionale Kooperation – sofern sie sich europäisch gibt – hat seither den Segen von Brüssel.

b Deutschland und Frankreich

Die moderne Geschichte der beiden Staaten war vor 1945 von deutscher Aggression 1914 und 1940, sowie von preußischer Aggression 1870. Die Zusammenarbeit seit 1945 ist eine Vernunft- und Freundschaft zwischen den beiden einflussreichen europäischen Staaten. Bedingt durch Geschichte und Größe kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit auch die Rolle des Motors der europäischen Einigung zu. Grundlage ist der Élysée-Vertrag der beiden Staaten (Westdeutschland und Frankreich) im Jahr 1963. Die Zusammenarbeit will vor allem die Zivilgesellschaften der beiden Länder stärken und einander annähern. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Jugend gesetzt: es gibt einen regelmäßigen und intensiven Jugendaustausch, organisiert durch das Deutsch-Französische Jugendwerk. Die Zusammenarbeit setzt sich fort vor allem im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich. Er ist auch dementsprechend institutionalisiert, etwa durch einen Kulturrat. Das höchste Gremium sind die deutsch-französischen Konsultationen. Diese inkludieren ein Treffen der Staats- und Regierungschefs halbjährlich und von Spitzenbeamten in den Bereichen Jugend, Bildung, sowie Äußeres und Verteidigung. Die einzige größere Krise dieser Zusammenarbeit entstand 1990 mit der Wiedervereinigung und einer Neuorientierung der Rollen der beiden Länder. Befürchtungen Frankreichs, dass das wiedervereinigte Deutschland einen weniger integrations- und kooperationsbereiten Kurs steuern würden, erwiesen sich als unbegründet.

c Benelux-Staaten

Die Benelux-Staaten wie auch die nordischen Staaten erfüllen Kriterien, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit fördern: eine gemeinsame Geschichte, in der vor allem Kriegshandlungen gegeneinander gar nicht vorkamen oder in weiter Vergangenheit liegen; eine ähnliche geopolitische Lage, ein Umstand, der hier vor allem die geographische Zwangslage zwischen den beiden Großmächten Deutschland und Frankreich bedeutet; eine verwandte kulturelle und ethnische Identität; eine vergleichbare wirtschaftliche Leistung und enge Handelsbeziehungen.¹⁴¹ Wie eine Mini-EG nahm die Kooperation im Bereich Wirtschaft den Anfang und sprang dann auf andere Politikbereiche über: 1922 Zoll- und Handelsunion, 1948

¹⁴¹ entsprechend einer Kategorisierung durch DRULÁK, Petr.

die Aufhebung von Einfuhrzöllen und eine gemeinsamer Außenzoll, ab 1949 das Projekt der Etablierung eines gemeinsamen Marktes, vergleichbar mit dem späteren Binnenmarkt der EG, ab 1953 dann die Koordination der Außen- und Sicherheitspolitik der drei Staaten. Der gemeinsame Markt wurde 1960 mit *Union Economique Benelux* auch realisiert. Institutionell war ein Ministerkomitee das höchste Entscheidungsgremium, dem ein Rat der Wirtschaftsunion zur Seite stand, der Exekutivaufgaben übernahm. Innerhalb der EU kooperieren die Beneluxstaaten vor allem beim Ausarbeiten gemeinsamer Memoranden. Die drei Staaten können ihre Interessen dadurch besser zur Geltung bringen.

d nordische (und baltische) Kooperation

1948 scheiterte der Versuch, eine gemeinsame Sicherheitspolitik ins Leben zu rufen. Im Gegenteil, die Sicherheitspolitik divergierte durch NATO-Mitgliedschaft von Norwegen, Dänemark und Island, bewaffnete Neutralität Schwedens und ein neutrales Finnland, das aufgrund der langen Grenze mit der Sowjetunion ein Neutralitätsverständnis entwickelte, das mehr auf sowjetische Interessen Rücksicht nahm. 1952 wurde der Nordische Rat gegründet, der aus Mitgliedern des Parlaments besteht und dem Finnland etwas später, 1955, beiträt. Dieser wird seit 1971 durch den nordischen Ministerrat ergänzt. Beide Gremien koordinieren Politikbereiche, in denen Koordination und gemeinsames Auftreten von Vorteil ist. Der Nordische Rat ist in Wirklichkeit ein Vielzahl nordischer Räte, gebildet je nach Fachbereich (ähnlich dem Rat der Europäischen Union). Das Geheimnis des Erfolgs der Kooperation ist, dass nicht nur Minister, sondern Parlamentarier und vor allem auch Beamte der beteiligten Länder regelmäßig in Kontakt sind und sich koordinieren. Den EU-Mitglieder Schweden, Finnland und Dänemark gelang es erstmals in der Geschichte der EU, Nichtmitglieder in den EU-Vertrag Schengener Abkommen mit einzubeziehen. 2001 wurden alle fünf nordischen Mitglied des Schengenraums. Die Erweiterung der EU auf die drei baltischen Staaten gibt der Kooperation eine erweiterte Perspektive. Der Nordische Rat kooperiert mit den drei baltischen Staaten. Durch die relative Übergewichtung der Stimmen der kleinen und mittelgroßen Staaten im Rat der Europäischen Union, hat die Kooperation EU-politisch überdurchschnittlich Gewicht.

e Visegrad-Kooperation

Die Visegrad-Kooperation bezieht ihr intellektuelles Kapital aus den Mitteleuropakonzeptionen polnischer, tschechischer und ungarischer Intellektueller. Einige von ihnen wurden mit dem demokratischen Wechsel 1990 in hohe politische Ämter gewählt, allen voran Vaclav Havel und Göncz Árpád, und waren Motoren der Kooperation. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf die Erfüllung der gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen sowie außenwirtschaftlichen Ziele. Die Zusammenarbeit war von Anfang an informell und etablierte keine gemeinsamen Institutionen. Die Ziele NATO- und EU-Mitgliedschaft wurden koordiniert und erfüllten sich. Visegrad hat somit die wesentlichen Ziele erreicht. Die Zusammenarbeit ist deshalb von einem gewissen Leerlauf geprägt. Der Sicherheitsexperte Péter Tálas attestiert der Visegrad-Gruppe, im Bereich der Sicherheitspolitik ein relevantes Forum zu bleiben. Die geopolitischen Voraussetzungen in Mitteleuropa bleiben weiterhin aufrecht, sagt er. So liegt es an den Mitgliedsstaaten, daraus eine gemeinsame Strategie zu schmieden.¹⁴²

Heikle bilaterale Themen dagegen standen und stehen in diesem Forum nicht oder kaum auf der Tagesordnung, etwa die Frage nationaler Minderheiten. Im Gegenteil, Außenpolitik erfuhr seit 1990 durch die neu gewonnene volle Souveränität eine Renationalisierung. Die Politik und die Budgets Westeuropas, das eine wichtige Rolle in der Heranführung der Visegrad-Staaten an EU-Europa einnahm, war eindeutig. EU-Europa unterstützte Initiativen zur regionalen Kooperation, hielt sich jedoch zurück, wenn politische Kräfte in der Region mehr Regionalismus forderten.¹⁴³ Höchste Priorität seitens der EU hatte also die Stabilität der bestehenden Staaten. Ein letzter und wichtiger Punkt ist das Jugendwerk der Visegrad-Kooperation, das viele Initiativen im Bereich der Wissenschaft, Kultur, Populärkultur und Sport unterstützt.

f regionale Partnerschaft

Die regionale Partnerschaft ist eine Initiative Österreichs aus dem Jahr 2001. Sie wurde lanciert von der neuen und viel umstrittenen konservativ-nationalen Regierung Schüssel. Sie ist das Ergebnis pro-mitteuropäisch orientierter politischer Kräfte in Österreich, die erstmals

¹⁴² TÁLAS, Péter: Can Visegrad be shaken out of its rut?, in: *The Visegrad Group. A Central European Constellation* (JAGODZIŃSKI, Hrsg, Andrzej), Bratislava: International Visegrad Fund, 2006, S. 148–150.

¹⁴³ TÁLAS, Péter: Can Visegrad be shaken out of its rut?, in: *The Visegrad Group. A Central European Constellation* (JAGODZIŃSKI, Hrsg, Andrzej), Bratislava: International Visegrad Fund, 2006, S. 148–150.

ohne den langjährigen Partner SPÖ regierten, die eine regional orientierte Initiative nicht lanciert hätte. Die Mitglieder sind die Nachbarstaaten Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Slowenien, sowie Polen. Der ursprüngliche Name lautete „strategische Partnerschaft“, ein Namensgebung, die von den Partnern abgelehnt wurde und durch „regional“ ersetzt wurde. Zwei Faktoren führten zur Gründung dieser Initiative. Seitens der österreichischen Wirtschaft, die wie keine andere EU-Volkswirtschaft von der Ostöffnung profitierte, wurde vorgeschlagen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den zentraleuropäischen Staaten auch einen multilateralen politischen Rahmen zu geben. Ein zweiter Faktor waren die sogenannten Sanktionen der EU-14 gegen die neugebildete Regierung in Österreich im ersten Halbjahr 2000. Von den EU-Partnern verlassen, wollte sich Österreich neue strategische Partner suchen. Ein Motiv, das von offizieller Seite nicht erwähnt wird, ist, dass Österreich in der Region eine wichtigere Rolle spielen wollte, da Österreich nicht Mitglied der Visegrad-Kooperation ist sowie als Nicht-NATO-Mitglied sicherheitspolitisch von Kommunikationssträngen isoliert ist. Andererseits reklamiert Österreich, dass viele Themen eines gemeinsamen Forums bedürften.

Die regionale Kooperation wurde von einigen Partnern mit Skepsis aufgenommen, insbesondere von jenen, mit denen bilaterale Probleme im Wege stehen, etwa mit der Tschechischen Republik und der Slowakei beim Thema Sicherheit der Atomkraftwerke. Ungarn und Slowenien reagierten positiver. Alte Muster historischer Affinität beziehungsweise Distanz sind weiterer Faktor des Ausmaßes der Zusammenarbeit. Ähnlich der nordischen Kooperation wird versucht in einzelnen Politikbereichen zusammen zu arbeiten. Es wird dabei jeweils versucht, kongruente regionale Interessen zu identifizieren und zu koordinieren, um in EU-Institutionen gemeinsam auftreten zu können. Die weitaus erfolgreichste Fachgruppe ist dabei jene der Justiz- und Innenminister – die sogenannte Salzburger Gruppe. Die regionale Koordinierung in Bezug auf die Ausweitung des Schengen-Raums war dabei ein großes Thema. Weitere wichtige Fachgruppen sind jene, die Arbeit und Wirtschaft betreffen.

4 Fragen und Problemstellungen mitteleuropäischer Identität

In den kulturellen und politischen Definitionen Mitteleuropas wurde dessen Heterogenität offensichtlich. Sie verweisen auf die Fragilität Mittel- bzw. Zentraleuropas. Andererseits

weisen bestehende Modelle subregionaler Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union Wege, die auch auf den Raum Mittel- bzw. Zentraleuropa anwendbar sein könnten.

Offensichtlich ist jedoch, dass die divergierenden Politiken weiterhin stark im Klammergriff der bestehenden Nationalstaaten agieren. Es wäre zu überlegen, sich ganz grundsätzlichen Fragen zu stellen, etwa: Inwieweit könnten die tradierten kulturell orientierten Nationskonzepte hinterfragt und durch westliche, zivile Nationskonzepte ergänzt werden? Welche Rolle sieht ein mitteleuropäischer Nationalstaat vor in seinem Verhältnis zum jeweiligen Nachbarstaat? Hier gäbe es eine ganze Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten, von sektorieller Zusammenarbeit, über Jugend- und Bildungsarbeit, bis zu institutionellen Vorkehrungen in Richtung einer Regionalisierung. Konzeptionell könnte auch in eine Richtung gearbeitet werden, welche Tätigkeitsfelder am besten auf regionaler, auf bilateraler, auf subregionaler, oder auf EU-Ebene gestaltet werden könnten.

Walsch, Christopher: „Közép-Európa“ mint identitás. Meghatározó politikai rendezőelv az egyesülő Európában?

Összefoglaló

A tanulmány célja, hogy a nemzeti és európai identitás köztes terét vizsgálja, azáltal, hogy „Közép-Európát” koncepcióként mutatja be. A kérdés annyiban lényeges, amennyiben a magyarországi média gyakran tematizálja Közép-Európát. Mennyiben meghatározó ez a koncepció? A referátum először a fogalmak problémáját tárgyalja, aztán Közép-Európa különféle, egymástól részben jelentősen különböző meghatározásait és koncepcióit mutatja be, illetve magyarázza. A referátum harmadik része konkrét politikai együttműködések eleméz, melyekben egy regionális identitás látszik körvonalazódni: a région kívül (Németország, Franciaország, Benelux-államok, skandináv országok) és belül (Visegrádi Együttműködés, regionális partnerkapcsolatok). A negyedik, záró rész, olyan problémákat sorol fel, melyek akadályozzák egy közép-európai identitás kialakulását. Ezek a problémák főként különböző szerepeket jelentenek, melyeket a régió nemzetállamai betölteni szeretnének.